

Eupen, den 16.09.2023

Freie Tribüne

am 16.09.2023 zum Thema Drogen

Werte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Der sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsminister Pierre-Yves Dermagne schlug Ende August, also vor rund 2 Wochen, in einem Interview in der Zeitschrift L'Avenir die "Legalisierung" von Cannabis in Belgien vor. Dabei verwies er unter anderem auf die Niederlande, in denen der Cannabis-Konsum schon seit 1976 toleriert wird und auf unser Nachbarland Deutschland, das erst vor kurzem einen Schritt in diese Richtung getan hat.

Minister Dermagne sieht keinen Sinn mehr in der Verfolgung, dem Festnehmen und Einsperren von Menschen, wegen des Konsums oder dem Verkauf von Cannabis. Zudem mache es laut seinen Aussagen auch keinen Sinn mehr, die Ressourcen der Polizei und der Justiz wegen Cannabis-Delikten zu binden. Er empfahl, dass der Staat die Produktion und den Verkauf kontrollieren solle, was es dem Staat ermöglichen würde, zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Als ich dies las, war ich einen Moment sprachlos. Will der Staat nun auch noch zum Dealer werden? Zugegeben, eine provokante Frage.

In der Tat ist der belgische Staat hoch verschuldet. Die Staatskasse jedoch durch Steuern auf den Verkauf von Cannabis zu füllen, kann doch wohl nicht ernst gemeint sein, oder? Doch, dies scheint der Fall zu sein. Zumindest schlug unser Vize-Premierminister Dermagne genau das vor.

Grund genug für uns von Vivant, Stellung zu diesem Thema zu beziehen.

Dabei möchte ich eines ganz klar vorweg schicken: Vivant ist strikt gegen die Legalisierung und das Tolerieren von Cannabis. Warum?

Cannabis ist nach wie vor eine Einstiegsdroge und längst nicht so harmlos, wie die Befürworter einer Legalisierung es gerne darstellen. So sollte man wissen, dass Cannabis heute einen durchschnittlichen Wirkstoffgehalt von 20% aufweist. Der Wirkstoff in Cannabis heißt Tetrahydrocannabinol, abgekürzt THC. Er ist für das Herbeiführen des Rauschzustands verantwortlich. Vor einem Jahrzehnt lag dieser Wert im Cannabis noch bei rund 10%. Dies bedeutet, dass Cannabis heute viel stärker ist, als noch vor zehn Jahren. In jüngster Zeit wurde von den Kontrollbehörden sogar Cannabis mit einem THC-Gehalt von über 30% sicher gestellt. Die Gefahr durch den Konsum, selbst bei geringeren Mengen, ist also in den letzten Jahren dramatisch gestiegen.

Wesentliche Teile des menschlichen Gehirns entwickeln sich bis Mitte-Ende 20 weiter. Der

Cannabis-Konsum ist bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen deshalb noch problematischer, da die Gefahr für langfristige Schädigungen noch größer ist. Bei Erwachsenen führt der Cannabis-Konsum ebenfalls zur Beeinträchtigung des Gehirns. Hier stellen sich bei einer Legalisierung auch sicherheitsrelevante Fragen beispielsweise im Beruf beim Führen von Maschinen und Fahrzeugen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Problematisch ist eine Legalisierung aber auch deshalb, weil Cannabis somit von Vielen als harmlos wahrgenommen würde. Nach dem Motto: "Wenn der Staat den Verkauf und Konsum erlaubt, kann das Zeug ja nicht so gefährlich sein." Doch genau das ist es!

In den Ländern, in denen Cannabis legal konsumiert werden kann oder der Konsum toleriert wird, gilt dies meist ab einem Alter von 18 Jahren. Fakt ist, dass die Drogenhersteller und -dealer sich schon heute immer mehr den 12- bis 13-Jährigen zuwenden. Es geht darum, die Jugendlichen, ja teilweise auch Kinder, so früh wie möglich abhängig zu machen. Dies erreichen Dealer dadurch, dass sie Cannabis (oder andere illegale Drogen) zuerst kostenlos zur Verfügung stellen. "Anfüttern" wird diese Vorgehensweise im Drogenmilieu genannt. Experten befürchten, dass bei einer Legalisierung der Druck auf diese Altersklasse noch steigen könnte. Denn die Drogendealer wollen ihren "Kundenkreis" möglichst halten, wenn nicht sogar erweitern. Aus der Angst heraus, durch die Legalisierung zuerst einmal Kunden zu verlieren, würde die Drogenindustrie den Fokus auf die Schwächsten der Gesellschaft richten und ihre Bemühungen dort intensivieren. Zu den schwächeren zählen insbesondere Kinder und Jugendliche. Dabei ist zu beachten, dass im Körper eines Cannabis-Konsumenten eine Toleranzerhöhung im Stoffwechsel stattfindet. Will heißen: Bei regelmäßigem Konsum muss die Dosis nach und nach erhöht werden, um den gleichen Rauschzustand zu erreichen. Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen nehmen jedoch mit der Erhöhung der Dosis ebenfalls zu. Wer einmal Cannabis mit einem THC-Gehalt von 20% gewohnt ist, wird sich nicht mit staatlich kontrollierten Cannabis mit 10% oder 12% THC-Gehalt zufrieden geben.

Anstatt darüber nachzudenken, den Cannabis-Konsum zu legalisieren, sollte die öffentliche Hand viel mehr darüber nachdenken, wie den Drogenherstellern und -dealern das Handwerk gelegt werden kann. Tatsache ist nämlich auch, dass Drogen heute viel zugänglicher sind als noch vor 10 Jahren. Auch an Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden bereits Schülern im ersten und zweiten Sekundarschuljahr Drogen durch Mitschülern oder ältere Jugendlichen angeboten. Erst Anfang der Woche berichtete das Grenz-Echo vom Drogenhandel im Umfeld eine Sankt Vithers Sekundarschule. In Polizeikreisen wird vermutet, dass auf Jugendbällen und Jugendpartys rund 60% der Besucher illegale Drogen konsumieren. Mancher Kenner der Szene behauptet, dass die Polizei längst den Kampf gegen illegale Drogen verloren habe.

Aufgeben ist aber keine Option! Das Falscheste wäre es in unseren Augen, den Kampf jetzt einzustellen und stattdessen den Cannabis-Konsum zu legalisieren. Der Kampf sollte vielmehr intensiviert werden. Ein erster Schritt wäre die Ausweitung der Aufklärung der Kinder- und Jugendlichen, aber auch der Erwachsenen, zu den Gefahren des Drogenkonsums, den Langzeitfolgen und der Suchtproblematik. Hierfür müssen dann aber auch entsprechende finanziellen Mittel bereit gestellt werden.

Bei Verstößen gegen geltendes Gesetz sollten die Auflagen konsequent kontrolliert und bei Zuwiderhandlung geahndet werden. Die aktuelle Vorgehensweise im öffentlichen Bereich geht aber eher in eine andere Richtung. Jugendlichen die wegen des Konsums illegaler Drogen zu Bewährungsstrafen verurteilt werden, erhalten oft die Auflage, sich regelmäßigen Drogentests bei der Polizei zu unterziehen. Problematisch wird es dann, wenn die Jugendlichen nicht zu den Test erscheinen und dies keine Konsequenzen für sie hat.

Des weiteren sollten die Kontrollen intensiviert werden. In Schulen genau so, wie auf Jugendpartys, Jugendbällen oder auch auf Festivals. Ein hohe Polizeipräsenz wird die Probleme sicherlich nicht alleine lösen. Keine oder zu wenig Präsenz wird die Probleme aber definitiv weiter verschärfen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an die Vorgehensweise des Belgischen Staates bei Einführung des Rauchverbots in Gaststätten. Innerhalb kürzester Zeit wurden rund 80 Beamte mit der Kontrolle der Einhaltung des neuen Gesetzes betraut. Zudem wurden entsprechende finanzielle Mittel frei gemacht. Innerhalb einer ersten Frist wurde bei festgestellten Verstößen lediglich Verwarnungen ausgesprochen. In einem zweiten Schritt wurden dann empfindliche Strafen auferlegt.

"Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!", lautet ein altbekanntes Sprichwort. Sicherlich ist der Kampf gegen den Konsum von Cannabis und anderen illegalen Drogen keine einfache Angelegenheit. Deswegen den Kopf in den Sand zu stecken und den Weg des geringsten Widerstands zu wählen indem man Verkauf und Konsum legalisiert, kann nicht der richtige Weg sein! Dabei aber noch auf die Idee zu kommen, die Staatskasse, so ganz nebenbei aufzupäppeln, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Es muss auch die Frage erlaubt sein, ob sich Minister Dermagne überhaupt bewusst ist, was seine Aussage alles bewirkt hat. Schon jetzt sagen Jugendliche aus unserer Region, dass Cannabis doch nicht so schlimm sein kann, weil Belgien auch vor hat, es zu legalisieren. Herrn Dermagne und allen anderen Verantwortlichen in dieser Frage empfehlen wir eine Suchtklinik, gerne auch im benachbarten Deutschland, zu besuchen und sich dort mit den Ärzten und Fachleuten über die Frage der Legalisierung zu unterhalten.

Alain Mertes
Vivant-Fraktion